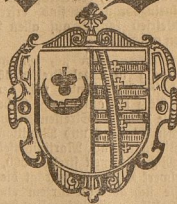


General-Anzeiger

für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden



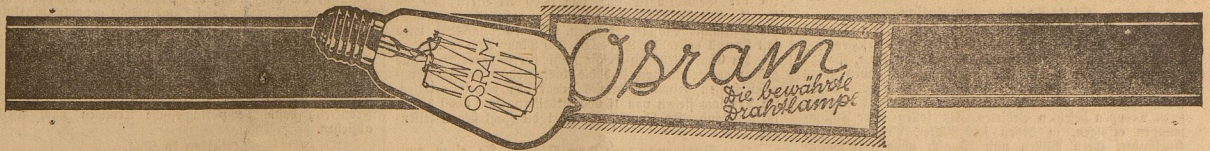
Ersteht wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 1,15 M., durch Boten in Remberg 1,25 M., in Remden, Roda, Lubolt, Merz, Gommio und Gediz 1,25 M. und durch die Post 1,35 M.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Korporelle oder deren Raum 15 Pfg., die 4spaltige Korporelle 20 Pfg. Solagen: 20 Pfg. für das Hundst., ausschließlich Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme samstags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Nr. 15

Remberg, Sonnabend, den 2. Februar 1918.

20. Jahrg.



Alles Gold gehört dem Vaterlande!

Die Goldankaufsstelle für Remberg und Umgegend befindet sich bei Herrn Klopff Meyer, Remberg, den 18. Januar 1918. Der Magistrat.

Zur Förderung des Sparfusses haben wir die Errichtung einer

Weihnachtspartasse

beschlossen. Sie ist eine lose Einrichtung der Stadtspartasse mit folgenden

Bestimmungen:

1. Jede Person, die sich an der Weihnachtspartasse beteiligen will, hat den vorgeschriebenen Anmeldebettel zu unterschreiben.
2. Jedes Mitglied verpflichtet sich, allwöchentlich mindestens 50 Pfennige zu sparen. Der Betrag wird am ersten Tage jeder Woche von einem Boten abgeholt und von diesem in das Mitgliedsbuch eingetragen. Bei Auszahlung des Buches ist eine Gebühr von 10 Pf. zu zahlen.
3. Die eingezahlten Beträge werden vom ersten Tage des der Eingangsfolgenden Monats nach Höhe des bei der Spartasse jeweilig geltenden Einlagezinsfußes, zuerst 3 1/2 vom Hundert, verginst und anfangs Dezember eines jeden Jahres wieder ausgezahlt. Eine frühere Auszahlung erfolgt nur in besonderen Vorfällen. Bei der Auszahlung ist das Mitgliedsbuch vorzulegen.
4. Wird auf die Auszahlung verzichtet, so wird über die eingezahlten Beträge ein Einlagebuch der hiesigen Spartasse ausgehellt.
5. Die bewirkten Einzahlungen werden streng geheim gehalten.

Für den Anschluß an die Kasse, der nicht genug empfohlen werden kann, wird demnachst von Haus zu Haus geworben werden. Es steht zu hoffen, daß viele Familien von der Einrichtung Gebrauch machen werden und dadurch mit beitragen helfen zu einer weiteren, dem Gemeinwohl dienender Entwicklung der städtischen Spartasse. Remberg, den 29. Januar 1918. Der Stadtparlamentsvorstand.

Für Landwirte.

Jeder Besitzer von Getreide und Hülsenfrüchten ist verpflichtet, am 1. Februar 1918 die bei ihm vorhandenen Vorräte auf einen Verbands- oder im Rathaus entzinsen werden kann, anzuzeigen. Die Meldungen sind bis spätestens 5. Februar an uns einzureichen. Strafe und Hausnummer sind anzugeben. Remberg, den 31. Januar 1918. Der Magistrat.

Vom 14. Januar 1918 an sind hinsichtlich des Verkehrs mit Waschmitteln folgende Veränderungsvorschläge in Kraft getreten:

1. Die an eine Person in einem Monat abgegebene Menge darf 50 Gramm Seife, 150 (bisher 250) Gramm Seifenpulver nicht übersteigen.
2. Auf die auf Seifenpulver lautenden Abschnitte der Seifenkarte darf nur die Hälfte des darauf verzeichneten Menge abgegeben werden. Remberg, den 31. Januar 1918. Der Magistrat.

Vom Kriege.

14 000 Kilogramm Bomben auf Paris.

Großes Hauptquartier, 31. Januar. Westlicher Kriegsschauplatz. Die Geschäftstätigkeit blieb auf Westlicher- und Mittelwestlicher Kampf an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Kämpfe unserer Segner trotz anderer Warnung wieder offene Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen. Dort unsere Abschwehmahnen traten kennenswerte Verluste und Schäden nicht ein.

Für Strafe wurde die Stadt Paris in erstem planmäßigen Ansturm in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14 000 Kilogramm Bomben belegt.

Italienische Front.

Südwestlich von Triago scheiterte ein italienischer Angriff im Feuer. Zwischen Triago und der Brenta blieb die Artillerietätigkeit reg.

Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Son den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Chef Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht. Die Kämpfe auf der Hohefläche von Triago.

Wien, 29. Januar. Amlich wird verlautbart: Südwestlich Triago wurde ein feindlicher Vorstoß abgewiesen. Auf dem Mittel der Hohefläche von Triago blieb die Gefechtslage auf lebhafteste Artilleriekämpfe beschränkt. Die Zahl der in den letzten Kämpfen eingekerkerten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht. Der Chef des Generalstabes.

Die tägliche U-Boot-Deute.

Berlin, 30. Jan. Unteren U-Booten fielen im mittleren und nördlichen Mittelmeer kürzlich 19 000 Tons. Handelschiffraum zum Opfer. Am besondern wurde dadurch der Transportverkehr nach Italien betroffen. So wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche U-Boote und U-Boot-Jäger gesicherten Geleitzug verunglückt. Der Chef des Admiralstabes des Marine.

Schwedische Truppen in Tornea.

Järä, 31. Januar. Schwedische Blätter melden aus Petersburg: Während die rote Garde noch in den Straßen von Wiberg kämpfte, kam die Nachricht, daß die finnischen Behörden die Hilfe Schwedens annehmen haben. In Petersburg wird mitgeteilt, daß bereits schwedische Truppen in Tornea ankommen und daß die finnische rote Garde den Kampf mit der schwedischen Vorhut aufgenommen hat.

Troßt über einen Vergleichsrieden.

Röln, 31. Januar. Die „Blattische Zeitung“ meldet: Nach einer Nachricht des „Handelsblatt“ lagte Troßt auf dem Kongreß der Sowjets am Montag.

Es sei keine Hoffnung mehr auf einen anseignungslosen Frieden. Nur noch ein Vergleichsriede sei möglich. Westropa würde Rußland nicht mehr teilen, wenn dieses jetzt zu einem Sonderfrieden zugewogen sei.

Der Kongreß gab den russischen Delegierten freie Hand für Brock-Dittow.

Amerikaner und Japaner in Wladiwostok.

Kopenhagen, 31. Jan. Aus Japaner erfahren dänische Blätter, daß im Hafen von Wladiwostok 14 amerikanische Kriegsschiffe eingelaufen seien. Ferner heißt es, daß mehrere Truppen japanischer Soldaten im Wladiwostoker Hafen untergelassen worden seien, die sich der verschiedenen Handelsabfertigungen der Stadt bemächtigt. Die japanische Regierung soll ihre Zustimmung gegeben haben zur Errichtung eines großen Postunternehmens mit dem Namen Okafatische Handelsbank.

Lloyd Georges einzige Hoffnung — die Revolution in Deutschland.

Wien, 31. Januar. Das „Neue Wiener Abendblatt“ erinnert daran, daß Lloyd Georges einzige Hoffnung eine Re-

volution in Deutschland sei. Dieses Geländnis müßte dem deutschen Volke die Augen öffnen. Hoffentlich werde der Feind sich rühren.

Die „Reichspost“ urteilt: Streik behält Kriegsbesetzung und verschlechtert auch jede Friedensausichten. Darunter würde das Volk selbst am meisten leiden müssen.

London freut sich über die deutschen Streiks.

Kopenhagen, 30. Jan. In London wurde die Nachricht von dem Streik mit heiler Freude aufgenommen und des Ereignis in London durch Ertraktat mit der U-Boote. Der Zusammenbruch der Mittelmächte“ beauftragt.

Schwere Ausschreitungen von Streikenden in Berlin und Spandau.

Berlin, 31. Januar. In verschiedenen Gegenden Berlins ist es heute vormittag zu Angriffen gegen Straßenbahnwagen gekommen. Verschiedentlich wurden ganze Straßenbahnwagen umgeworfen und ganze Leitungen zerstört. In Potsdam kam es zu großen Tumulten, wobei mehrfach Blut floß; zwei Schakulte wurden dort getötet, einer schwer verletzt; auch ein Polizeileutnant erlitt schwere Verletzungen. Über 20 Personen sind mit schweren Wunden in das Noabiter Krankenhaus eingeliefert worden. Es wurde ein Ohr abgehauen, einem anderen die Nase abgepalten; ein Straßenbahner erlitt schwere Verletzungen durch Steinwurf im Gesicht. Auch in Spandau kam es zu schweren Ausschreitungen, dort wurden die Straßenbahn an der Verfabren verhaftet. Der Streik hatte sich auch auf die Zeitungsbetriebe aus, die sämtlich nur primitiv und in wenigen Exemplaren erschienen. Vermutlich werden die Streikenden heute noch ihr Gehalt abbekommen und morgen gar nicht mehr fahren.

Die Streiklage in Leipzig.

Leipzig, 31. Januar. Heute sind in einigen kleineren Betrieben Arbeiter in den Ausstand getreten. Von 600 Betrieben werden nur die restlichen fünfzigtausend in Leipzig. Das Generalkommando des 10. Armeekorps hat die Arbeit in militärische Leitung genommen und einen Offizier an die Spitze gestellt. Die militärischen werden heute eingezogen. Im Volkshaus, dem Betriebsrat der 10. Armee Arbeiter, tagte heute vormittag eine Versammlung der Streikenden. Die Stimmung war recht ruhiger. Die Streikenden selbst waren wenig guten Mut.

Wideraufnahme der Arbeit am Freitag.

W. B. Magdeburg, 31. Januar. Nachdem die Arbeitervertreter am gestrigen Abend dem Selbstbestimmten General-Kommando ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht und die volle Aufnahme der Arbeit für Freitag, den 1. Februar zugestimmt haben, wird die in rüstfertig gestellte Militarisierung der Betriebe vorläufig nicht vorgenommen.

Der Demonstrationsstreik in Halle ist beendet.

Die Arbeit ist heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Die Höchstzahl der Streikenden betrug etwa 1300, die sich auf 17 Betriebe mit einer Beschäftigung von 3300 verteilten. Die meiste größte Zahl der am Streik beteiligten Betriebe ist nicht zum Stillstand gekommen.

Keine Streikelder an die Streikenden.

W. B. Berlin, 31. Januar. Wie der „Lokal-Anzeiger“ meldet, streiten heute in Berlin noch amtliche Feststellung von 700 000 Arbeitern etwa 180 000. Viele Streikende glauben, daß heute Streikelder angezogen würden. Wie aber das Blatt von maßgebender gewerkschaftlicher Seite erfährt, werden Streikelder überhaupt nicht ausgesetzt, da der Streik mit der gewerkschaftlichen Bewegung nicht zentral hat. Eine Einheitlichkeit des Streiks fehlt heute gänzlich. Nach einer weiteren „Lokal-Anzeiger“-Berichtung arbeiten die Arbeiter der Fabrikfabrik in Spandau langsam.

Bernunft im Reichswirtschaftsamt.

Der Geschäftsführer der Handelszeitung des „Berliner Tageblatt“, Arthur Morde, ist in das Reichswirtschaftsamt als Generalsekretär der Außenhandelsabteilung berufen worden. Er folgt dem verstorbenen Dr. v. d. Hoffmann auf den verstorbenen Platz.

Friedensverhandlung und Streik.

Wäre Herr Trocki ein Volksgenosse und nicht ein in wollehastige Theorien verirrter Fanatiker, nur hätten den Frieden mit Ausland bereit. Reicher, als es die bevollmächtigten Vertreter der Vierbündelstaaten den Russen machen, ist wohl selten einem Delegierten der Welt zu machen, selbst eines Friedens geboten worden, der mehr Glanz als Nutzen aufweist, sondern durchwegs eine trostlose Grundlage für ein dauerliches Friedens- und Freundschaftsverhältnis darstellt. Aber so laut das russische Volk auch nach Frieden schreit, seine gegenwärtigen Mächte haben sich nicht auf diesen Ruf vorwärts. Wichtigstens bisher haben sie es getan. Auf's neue sind die Unterhändler in Warschau erst veranlagt; mit den Bevollmächtigten der Vierbündelstaaten ist an der Spitze der russischen Delegation auch Herr Trocki wieder erschienen. Wie dieser voranzuhlen, daß mit diesem Demagogen, dessen Wesen von unseren Unterhändlern bis auf den Grund durchgesehen und vom Staatssekretär von Rostow in Capriuski'schen Reichstages nach der Natur gezeichnet worden ist, deutsch geredet werden wird. Es geht nicht an, daß dieser Herr, der die Freiheit der Wölfer im Munde führt, in Wirklichkeit aber sich diktorische Nachgebildetheit anmaßt, die Geburde der Vierbündelstaaten ins Endlose mißbraucht und an dem von ihm geschätzten Feuer seine Parteiuppe facht.

Statt Friedens Revolution.

Aber Trocki's nachre Wölferin besteht kein Zweifel mehr. In der Sache liegende Gründe zur Verschleppung der Friedensverhandlungen mit dem Russen, sie zu vereiteln, hat er nicht. Die Zentralmächte haben jedoch mögliche Entgegenkommen geboten, namentlich auch in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker des von unseren Truppen besetzten Gebietes. Es sollen neue Bestimmungen erfolgen, in denen jene Völker, Polen, Litauer, Kurländer, ihren Willen und Wunsch ohne jede Einschränkung von dritter Seite zum Ausdruck bringen können. Die einzige Wehrungsmaßnahme, die herrscht noch über den Termin der Klärung des besetzten Gebietes. Daß die Zurückziehung unserer Truppen angedacht der unklaren Verhältnisse in Rußland und namentlich angesichts der Tatsache, daß wir im Westen noch im härtesten Kampfe um unsere Existenz und Freiheit stehen, nicht sofort erfolgen, sondern erst das Ergebnis des Friedensschlusses sein kann, ist natürlich auch dem Petersburger Herrn völlig klar, und Herr Trocki hat sich bisher vergeblich bemüht, um diese Tatsache durch

Brandreden zum Fenster hinaus

herauszuweisen. Diese Reden sind leider nicht ganz einbruchslos geblieben; den erwarteten Erfolg aber haben sie doch ganz und gar nicht erzielt. Trotz der Zeitstreits, die Trocki's Agitation nach Deutschland hin auch bei uns in die Höhe zuweilen brachte, ist von einem Ausbruch oder auch nur der drohenden Gefahr einer revolutionären Bewegung nichts in Rußland, die Arbeiterbewegung hier, wenigstens bis zur Stunde, hat die Zeiten gelebt, die wir kennen, auf Groß-Berlin und Hamburg beschränkt, das rheinische Industriegebiet blieb vollständig ruhig. Und zu einem Generalstreik war es bisher auch in den von dem Auslande ergriffenen beiden Großstädten nicht gekommen. Abermals um den Streikstellungen, die vor Gewalttätigkeiten jeder Art uns schützen würden und alsdann in Verhandlungen mit dem Militär einzutreten, bei gutem Willen volle Klarheit darüber werden, daß sie auf dem ihnen von den russischen Bolschewiki-Führern empfohlenen Wege sich von dem ererbten Ziele mehr entfernen, als ihm zu kommen. Unsere Feinde rufen natürlich mit doppelter Eifer, wenn die deutschen Militärsarbeiter seien. Und die Volkserhebung, das kann sich jedermann an den zehn Fingern ablesen, kann unter Umständen nicht gebietet, sondern nur verschleht werden. Was aber den Frieden mit Ausland angeht, so ist oben schon gesagt worden, daß unsere Unterhändler durch weisendes Entgegenkommen dem Herrn Trocki jeden Anlaß zu jählich begründetem Widerstande gegen den Friedensschluß entzogen haben.

Ausdehnung des Groß-Berliner Streikes.

Ursprung der sozialdemokratischen Mehrheit. In einer Verammlung von Vertrauensleuten der Streikenden im Gewerkschaftshaus zu Berlin, an der auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilnahm, wurde eine Streikleitung, bestehend aus Delegierten der Streikenden und Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien gewählt. Während als der Streik aus den Agitationen der Anhänglichen und aus den Entschuldigungen einzelner Arbeitsgruppen entstanden ist, hat sich jetzt auch die sozialdemokratische Mehrheitspartei, die sich bisher abseits hielt, der Bewegung angeschlossen. Der „Vorwärts“ begründet diese neue Stellungnahme mit dem Hinweis auf die Solidarität der beiden Fraktionen der Sozialdemokratie in Bezug auf die von den Streikenden aufgestellten Forderungen, und er meint, daß diese Forderungen auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung gebilligt werden müßten. Dem gegenüber muß auch das entschieden erklärt werden, daß eine Forderung der von der Streikleitung aufgestellten Hauptforderung, die Erreichung eines baldigen Friedensschlusses, von dem Auslande nicht zu erwarten ist, vielmehr gerade das Gegenteil eintreten muß.

Eine Gewerkschafts-Deputation beim Minister. In dem Gewerkschaftshaus fand eine Sitzung der Gewerkschaftskommission, zu der auch Vertreter der Streikenden hinzugezogen wurden, statt. Nach kurzer Beratung wurde beschlossen, sofort eine Deputation zum Minister des Innern zu senden und ihm die Forderungen der Ausständigen zu unterbreiten.

In den Spandauer Militärschiffen hat gleichfalls eine Anzahl Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Als Grund wird angegeben, daß die Lebensmittel ihnen zu knapp zugeteilt seien. Die Arbeiter haben mehrfach erklärt, daß sie höhere Löhne abfordern wollten. Herr Trocki hat die Zahl der Ausständigen ver mehrt, hat auch einzelne Fabriken gibt, in denen die Zahl der Arbeitenden zugenommen hat. Von Demonstrationen und Unruhen ist bisher von keiner Seite etwas gemeldet worden. Die von der Streikleitung mit 800 000 angegebene Zahl der Ausständigen ist nach weiteren Feststellungen tendenziös übertrieben. Die Zahl der Fabrikarbeiter Groß-Berlins beträgt über 800 000.

Die Streikbewegung ist gemächlich. Der von den Ausständigen gebildete „Arbeiterrat“ zählt die Zahl der Streikenden auf etwa 800 000. Die Behörden rechneten Dienstag abend mit 120 000 Streikenden, jedoch waren in dieser Zahl die erst abends streikenden Nachschichtlichen noch nicht eingeschlossen. Aus den einzelnen Fabriken wird aber gemeldet, daß die Beschäftigten nur sehr langsam besetzt werden. Die Bemühungen, die Straßenbahn und Hauptbahnen Angestellten hineinzubringen, sind ergebnislos geblieben. Der Betrieb konnte auf allen Linien vollständig ausreicht erhalten werden.

Die Zeitstreits stellen sich im einzelnen folgendermaßen: Bei Porzellan im Tagelöhner 45 Prozent der gesamten Belegschaft, bei Delmer rund der gesamte Betrieb, desgleichen bei Götz bei der gesamten Belegschaft, bei der A. G. wird die Zahl der Streikenden auf 20 000 geschätzt. In den Deutschen Waffen- und Munitionswerken wird in den Werken Wilmann und Morinienstraße zum Teil gearbeitet. Bei W. u. G. Gesellschaft freiten 500, bei Schille-Sang 1200, im Reibelmeyer O. Spreng beträgt die Zahl der Streikenden 6000, dürfte sich aber in kurzem etwas erhöhen. Bei der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau- u. G. Gesellschaft sind die Arbeiter streikend. In der Artillerieanstalt Spandau befinden sich im Werte 850 Mann im Streik, im Werte Süd ist die Zahl bedeutend höher, sie dürfte 5000 betragen. In der Gemahlerei sind von 8000 Arbeitern 800 im Streik. Die Geschloßerei Spandau arbeitet, desgleichen die Aufstichfabrik Saaten. In Johannisthal wird fast überall streikend. Nur etwa 300 Mann arbeiten.

In Charlottenburg ist die Zahl der Streikenden etwas größer geworden, doch sind die Anhänglichen der Flugzeug-Gesellschaften teilweise bereits wieder in Arbeit getreten. In Treptow stehen von 16 000 Arbeitern etwa 3500 Mann im Streik. In Reuthaus beträgt die Zahl der Streikenden 4800.

Die Regierung und der Streik. In einer amtlichen Erklärung der Nord. W. A. G. heißt es, daß die in den Forderungen der Streikenden nach innerpolitischen Reformen an der Entschlossenheit der Regierung ausgedrückt Zweifel, diese Reformen durchzuführen, durchaus grundlos sind. Noch streben wir in schwerem Kampfe. Jeder der in der Heimat keine Arbeit vermag, ist auf der Arbeit, verständig sich an unsere Arbeiter im Felde. Das Wollenswerte, unsere Arbeiter bisher bewiesen und auch heute noch in ihrer großen Mehrheit bezeugen, wird das Seine dazu beitragen, um die Streikbewegung baldigt zu Ende zu bringen.

Kriegs- und Tages-Berichte.

Königliche Abholung der Wälder Italiens.

Der sürstärkste Rohemangel in Italien, das fast gar keine eigenen Kohlenfelder hat, räumt mit dem Waldbestand des ohnehin hohen Landes gründlich auf. Im Frieden hatte Italien einen Monatsbedarf von ungefähr 800 000 Tonnen Kohle, während gegenwärtig nur ungefähr 400 000 von England eingeführt werden können. Die Kohlen, die aus England kommen, werden für Eisenbahnen und Kriegsmaschinen verbraucht, während, wie im „Ehrennamens“ ein Eingabende berichtet, für Privatindustrie und Hausgebrauch nicht ein Stück übrig bleibt, und Italien genötigt ist, seine Wälder zu fällen, ohne den Bedarf decken zu können. Nur in außergewöhnlichen Fällen werden kleine Mengen Kohlen für Industriezweige gewährt, die mit dem Krieg in Verbindung stehen, zum Preise von 85 Lire pro Tonne, das ist fast 20 Mark für den Zentner.

Alle wissen in Italien, daß man die Wälder weit und breit verholzt hat, um die Städte mit Brennstoff zu versorgen, und da die Wälder anfangen, selten zu werden, so hat auch das Holz sehr an Wert zugenommen. Hieraus werden sich Folgen ergeben, die nach dem Kriege noch fühlbarer werden. Denn Kohlen werden aus den englischen Häfen wieder herausgeschafft werden können, aber die in Friedenszeiten so geschätzten Wälder werden nicht wiederkommen, die eine Gewähr gegenüber Überschwemmungen bilden, ganz abgesehen von den gesundheitlichen Schäden, die ihr Verschwinden verursacht.

Krupp über das Hindenburg-Programm.

Bei einer Feier zu Ehren von 118 Beamten und 482 Arbeitern, die ein Vierteljahrhundert im Dienste Krupp's stehen, sagte Herr Krupp v. Bohlen und Halbach: „Nach der schönen Abmahlung unseres in ruhiger Sicherheit und vollstem Kraftgefühl abgegebenen Friedensangebotes wußte das deutsche Volk zu Anfang des vorigen Jahres, daß das Schwermetall Krupp's geschaffen, die Wälder hauptlos gelassen werden mußten. Das ist im Jahre 1917 geschehen. Allerdings regte es sich in deutschen Kreisen, wie noch nie vorher gesehen: gemaltige Wälder sollten wir Wäse aus dem Boden — Sie alle haben ja hier in Essen unsere gemaltigen Hindenburgmerkmale vor Augen, die an Ausdehnung alle bisherigen bei weitem überlegen — unter und über Tage wurden die Schätze der Erde gehoben, und wo unsere Gegner Mängel und Fehlen zu wittern glaubten, da häuften sich die Lager und Bestände.“

Sunderausgaben, an schwerer Arbeit bisher nicht gewohnte Hände griffen zum Spaten und zum Spaten, zum Hammer und zum Schraubstock; Frauen verließen den Herd und die Kinderstube, um dort einzutreten, wo des kämpfenden Mannes Arm sessle. So wurde aus millionenfachem Zusammenarbeiten das Große erreicht, das dem Wohlwollen unseres Volkes als Pflicht und Ziel erschienen war — die Erfüllung des Hindenburg-Programms. Gewähltest ich damit die Sicherung unserer kämpfenden Brüder durch Schuß und Waffe, selbst den Unzerstörlichen der ganzen Welt gegenüber.“

Der Geldwert der Verrentungen.

Im ersten Jahre des ungeliebten 11-Volltages betrug nach genauen sachmännlichen Berechnungen rund 31,5 Milliarden Mark. Davon entfielen 9,5 Milliarden auf einen „Einkauf“ von 21 Milliarden auf die verrenteten Rabatten und etwa eine Milliarde auf die Fracht, die auf den Gütern ruhte. Es entfiel aber in diesem Jahre nicht der Geldwert allein. Gerat würde England 31,5 Milliarden Mark zahlen, wenn es dafür die verrenteten Schiffe und Wäpstoffe wiederbekäme. Daß ihm diese Möglichkeit unüberwundlich entgegen ist, das ist der unerlebbare und entscheidende Verlust, den unsere Feinde erleiden. Aber daß sie ohnehin noch um 31,5 Milliarden Mark geschädigt werden, ist eine für unsere sonstigen Erfolge nicht zu vernachlässigende Ausgabe.

Portugiesische Sorgen um Ostafrika.

Die portugiesische Presse spiegelt die lebhafteste Besorgnis wieder, die die letzten Nachrichten über das erfolgreiche Vordringen unserer Ostafrikaner bei der portugiesischen Regierung und Öffentlichkeit hervorgerufen haben. Die portugiesische Presse erkennt an, daß die eigenen Streitkräfte in Ostafrika nicht ausreichen, um den Deutschen entgegenzutreten. Wenn portugiesische Truppen an der Westküste insbesondere in Ostafrika Truppen erhält, die Portugieser aber mit größter Sorge als der Einsatz der deutschen Truppen. Sie heutzutage, daß die Bundesgenossen ihren Aufenthalt in Portugiesisch-Ostafrika zur dauernden Besetzung benötigen könnten, insbesondere weil diese Besorgnis im Hinblick auf die bekannte Vergeblichkeit der südafrikanischen Union auf den Hafen von Luanda Marques geduldet. Es ist recht bedauerlich für das Vertrauen der kleinen Ententestaaten zu England, daß die Sorge vor dem Bundesgenossen, der den einmüchtigen Feldzug mitbestimmen soll, größer ist als die Sorge vor dem Feinde selbst.

Bei dieser Sachlage wird die Entsendung von portugiesischen Verstärkungen und der Nachschub von Kriegsmitteln nach Ostafrika dringend verlangt, wenn nötig, unter Einschränkung der Hilfe, die für die französisch-englische Front in Frankreich bestimmt ist. Neueren Meldungen zufolge ist die Entsendung von portugiesischen Truppen aus Europa nach Ostafrika bereits in Aussicht genommen. Unter anderem sollen auch 1500 Mann Marinekruppen dorthin geschickt werden. Wenn portugiesische Truppen an der Westküste auch nicht inslande finden, um Schrecken einzuführen, so ist es immerhin von Interesse, daß unsere ostafrikanischen Truppen auch jetzt noch mitteleuropäischer der Schwächung unserer Gegner an der Westfront beitragen, indem sie für Frankreich bestimmte portugiesische Truppen nach Ostafrika abziehen.

Stallen in Not.

Von den zahlreichen Ministerreisen des Verbandes ist wohl an Ernst keine der gegenwärtig von italienischen Ministerpräsidenten Diabolo in Begleitung des Versorgungsministers Cresspi nach Frankreich und England ausgeführt gekommen. Weder in Italien noch bei den Verbündeten ist es ein Geheimnis, daß Diabolo in Paris und London von dem italienischen Ministerpräsidenten Diabolo nach Italien geschickt werden soll. Nach zuverlässigen Berichten nach Italien hat Diabolo an Ende seiner Kraft anlangt sein, falls es nicht ausgiebige Hilfe an Nahrungsmitteln und Kriegsmitteln aus den Händen der Verbündeten empfängt. Frankreich und England werden das Wohlwollendste aufweisen, um Italien's Wünsche zu erfüllen, denn sie müssen genau, was auf dem Spiel steht.

Die Antwort der Entente?

Die Pariser Wäppler sind der Überzeugung, Wilson und Clemenceau würden auf die Reden Gernins und Hertlings antworten, aber diese Antwort werde negativ ausfallen. Wenn Hertling und Gernin sofort, aber Frankreichs Kopf hinweg mit England und Amerika Verhandlungen einzuleiten, so täuschen sie sich. Zwischen den Alliierten findet ein Meinungsauflauf über die Festlegung einer gemeinsamen Antwort statt. Auch Clemenceau wird ein Wort dazu zu sagen haben. Man dürfe darauf rechnen, daß Wilson auf Hertling's Rede Punkt für Punkt antworten werde.

Ein Wort Wilson's? Eines der Organe des Präsidenten Wilson schreibt: „Wenn die österreichisch-ungarische Regierung den aufschiebenden Wunsch hat, mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen einzutreten, so steht sie der offiziellen Welt durch die Bestimmung des Präsidenten über Wilson's Befehle offen. Auf die Anregung Hertling's einzugehen, Berlin neue Friedensangebote zu machen, liegt aber kein Anlaß vor.“ Präsident Wilson scheint nach den oben Erfahrungen, die er bisher mit der Kriegsführung gemacht hat, nicht abgeneigt zu sein, zur Rolle des Friedensvermittlers zurückzukehren.

Nach Londoner Meldungen wird Lloyd George im Einverständnis mit den Alliierten sowohl die deutsche wie die österreichisch-ungarische Auslieferung zu seiner und Wilson's Forderungen beantragen. Der Ministerpräsident hat die Mission der Gewerkschaften um 2. Verhandlungen einzuleiten, so sich bilden lassen. Danach würde also Lloyd George einen Tag nach Wilson's in Aussicht stehender Antwort sprechen und zwar wieder, wie bei der Rede, durch die er im Verein mit Wilson das „Friedensgespräch“ einleitete, vor dem Gewerkschaftsführern.

Das russische Verhängnis.

Im Russen steht ein großes Schicksal Trägheit für die Arbeit der Hand, die sich mit orientalischem Fleiß gegenüber der Zukunft verbindet. Er hat sich stets aus den Neuerungen und reformatorischen Verbesserungen im Staate leben das herausgeschafft, was ihm und seinen Mitbürgern zum Wohlfühlens und Wohlstand zu einer neuen Führung zu sich bilden lassen. Danach würde also Lloyd George einen Tag nach Wilson's in Aussicht stehender Antwort sprechen und zwar wieder, wie bei der Rede, durch die er im Verein mit Wilson das „Friedensgespräch“ einleitete, vor dem Gewerkschaftsführern.

Wie viele Schulden der russische Staat und die russischen Städte haben, ist heute gar nicht mehr zu übersehen. Den 13 ist nur, daß sie sich von Woche zu Woche mehrt steigern. Und es hilft dem Russe von heute gar nichts, wenn ein Herr Cresspi durch die Schulden des verurteilten Russen reichlich macht, denn die Ansprüche der Russen selbst müssen doch befriedigt werden. Geht es nicht, so gereichen alle Bande der Ordnung und der frommen Scheu, und die Pfändungsmut der Massen wird legalisiert. Männer, wie Trocki und Freunde, die nur als etwas Russisches erdigen, aber es wird ihnen bald genug klar werden, daß es um sie selbst geht, wenn sie nicht durch einen Friedensschluß das Regiment fest in die Hand bekommen. Der russische Trübel bleibt für das deutsche Volk ganz gewiß nichts Verleidendes, sondern nur Abstoßendes, und Herr

